Regionalkonferenz E-Government

120 Teilnehmer in Tübingen

[23.10.2013] Die erste Regionalkonferenz E-Government hat mit 120 Teilnehmern in Tübingen stattgefunden. Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen tauschten sich über De-Mail, den neuen Personalausweis sowie das E-Government-Gesetz aus. Das BMI kündigte zudem ein neues Modellvorhaben für Kommunen an.

„Wir wollen Sie ermuntern, E-Government in Ihre Häuser hineinzutragen." Mit diesen Worten begrüßte Manfred Allgaier von der Kommunalen Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) zur ersten Regionalkonferenz E-Government. Diese fand gestern (22. Oktober 2013) als Auftakt einer Veranstaltungsreihe der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, und des Bundesministeriums des Innern (BMI) (wir berichteten) mit 120 Teilnehmern in Tübingen statt. Die Regionalkonferenzen sollen dazu beitragen, die Einführung von De-Mail sowie der eID-Funktion des neuen Personalausweises (nPA) voranzutreiben. Einen Rundumschlag der E-Government-Initiative des Bundes gab vor diesem Hintergrund Frank-Rüdiger Srocke vom BMI. Tanja Laier, ebenfalls vom Bundesinnenministerium, stellte das E-Government-Gesetz des Bundes vor. Sie kündigte außerdem ein Modellvorhaben an, welches das BMI für Kommunen starten werde. Gesucht wird die Kommune, die das E-Government-Gesetz am umfassendsten umsetzt, so Laier. „Details können sie ab kommender Woche der Internet-Seite des BMI entnehmen." Wie eID-Funktion, De-Mail oder E-Akte in der Veranstaltungsregion zum Einsatz kommen, legten Praxisberichte unter anderem aus Ulm, Karlsruhe, dem Rhein-Neckar-Kreis sowie des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, dar. Mitveranstalter der ersten Kommunalkonferenz waren der DV-Verbund Baden-Württemberg und das Innenministerium Baden-Württemberg. Die nächste Kommunalkonferenz findet am 27. November 2013 in Erlangen statt.

Ein ausführlicher Bericht über die Auftaktveranstaltung folgt.

(ve)

Stichwörter: Politik, Vitako, Bundesinnenministerium, Regionalkonferenz E-Government, DV-Verbund Baden-Württemberg